

Focus / 15.02.2020 / S. 9

Regierung will Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verbieten

Ein neues Gesetz soll Mieter besser schützen. Doch es gibt **massive Kritik** – selbst aus den Reihen der Union

In der Unionsfraktion gibt es Widerstand gegen Pläne der Bundesregierung, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erheblich zu erschweren. In einem Brief an Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) äußern Abgeordnete „schwerwiegende Bedenken“. Es handle sich um „ernsthafte Eingriffe“ in Eigentumsrechte. Außerdem setze sich die Union „seit langer Zeit für die Bildung von Wohneigentum – gerade bei Familien – ein“, schreiben unter anderem CDU/CSU-Fraktionsvize Thorsten Frei und Berlins CDU-Chef Kai Wegner.

Das geplante Gesetz konterkariere diese Bemühungen.

Seehofer und Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) wollen die Landesregierungen ermächtigen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen „in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten“ zu untersagen. So soll „die Verdrängung von alteingesessenen Mietern“ verhindert und „die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen“ sichergestellt werden, heißt es in Seehofers Entwurf. Nur in Ausnahmefällen soll ein Verkauf weiterhin

möglich sein – etwa wenn an Familienangehörige verkauft wird oder Eigentümer das Gebäude nicht mehr unterhalten können.

Seehofer und Lambrecht begründen ihr Vor-

haben mit dem Trend, dass immer mehr Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden und Mietern anschließend gekündigt wird. „Gegen die Wohnungsknappheit hilft nur eines – bauen, bauen, bauen“, mahnt CDU-Politiker Frei die Bundesregierung.

Auch der Eigentümerverband Haus & Grund warnt vor einem unzulässigen Eingriff in

die Eigentumsrechte der Vermieter. „Wenn das Vermieten von Wohnungen nicht mehr wirtschaftlich ist, darf dem Eigentümer die Alternative des Einzelverkaufs von Wohnungen nicht genommen werden“, sagt Verbandspräsident Kai Warnecke.

Selbst die Gewerkschaft IG Bau ist unzufrieden. Sie verlangt, dass bundesweit mehr Wohnungen gebaut werden. Gewerkschaftschef Robert Feiger sagt: „Wir brauchen eine Investitionserleichterung, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Baukosten von zwei auf drei Prozent erhöht wird.“ jan/jph/hw